

Wahlprüfsteine des LSVD Baden-Württemberg zur Wahl des 17. Landtags von Baden-Württemberg am 14. März 2021

Antworten der Parteien zum Thema:

Baden-Württemberg tritt für Vielfalt und Respekt in der Bundespolitik ein

- 15.1. *Wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ ergänzt wird?*
- 15.2. *Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und auch Mehrelternfamilien gesetzliche Anerkennung zu verschaffen?*
- 15.3. *Gegenwärtig gibt es auf Bundes- und Landesebene kein Programm zur Bekämpfung von LSBTTIQ-feindlicher Gewalt. Werden Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass es ein Bund-Länder-Programm gegen diese Form der Hasskriminalität gibt?*
- 15.4. *Werden Sie sich auf Bundesebene für eine menschenrechtsorientierte Reform des Transsexuellenrechts einsetzen, die die Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt?*

Bündnis 90 / Die Grünen

Antwort auf Frage 15.1.

Ja, dafür setzen wir Grüne uns nachdrücklich ein. Der Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes muss endlich um ein Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität ergänzt werden. Diesen Schutz muss das Grundgesetz auch im Wortlaut garantieren.

Antwort auf Frage 15.2.

Wir Grüne setzen uns schon lange dafür ein, das Familien- und Abstammungsrecht zu modernisieren. Jede Frau in einer gleichgeschlechtlichen Ehe sollte durch die Geburt eines Kindes automatisch Mutter werden, so wie jeder Ehemann automatisch Vater wird. Ebenso fordern wir die Möglichkeit der Mutterschaftsanerkennung analog zur Vaterschaftsanerkennung. Familien sind so unterschiedlich, wie die Menschen, die in ihnen leben. Und so ist auch unser Anspruch an das Familienrecht: vielfältigen Familienkonstellationen gerecht zu werden. Dabei stehen für uns die Kinder und ihr Wohlergehen im Mittelpunkt.

Antwort auf Frage 15.3.

Wir Grüne stehen fest zu den Werten unseres Grundgesetzes und verteidigen unsere Gesellschaft gegen rassistisches, rechtsextremes und menschenverachtendes Gedankengut. Deshalb werden wir im Land einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität auflegen. Mit Herz und Haltung wollen wir Hass und Hetze entgegentreten. Wir wollen Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz stärker sensibilisieren und die Strafverfolgung effektiver gestalten. Zudem wollen wir die Prävention stärken, damit es erst gar nicht zu Hasskriminalität kommt. Selbstverständlich setzen wir uns für einen vergleichbaren Aktionsplan auch auf Bundesebene ein.

Antwort auf Frage 15.4.

Ja, wir Grüne setzen uns seit vielen Jahren dafür ein. Das Transsexuellengesetz ist in weiten Teilen verfassungswidrig. Dieses Gesetz ist 40 Jahre alt und entspricht nicht dem Stand der Wissenschaft. Es strotzt vor Schikanen gegenüber Menschen, die selbst und frei von

Diskriminierung über ihr Geschlecht bestimmen möchten. Wir wollen das Transsexuellengesetz durch ein zeitgemäßes Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Dessen Leitbild soll die persönliche Freiheit sein – und nicht irgendwelche Ordnungsvorstellungen über die Geschlechter.

CDU

Antwort auf Frage 15.1. / 15.2. / 15.3. / 15.4.

Für uns ist die Gleichbehandlung aller Menschen selbstverständlich. Wir lehnen daher auch jede Form der Diskriminierung ab. Die Gleichbehandlung aller Menschen ist im allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Grundgesetz festgeschrieben. In Art. 2 Absatz 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg wird zudem klargestellt, dass die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte Bestandteil dieser Verfassung und unmittelbar geltendes Recht sind. Auch wird die Gleichbehandlung in vielen Einzelgesetzen und -normen, wie beispielsweise dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz für die verschiedenen Rechtsbeziehungen konkretisiert.

Wir werden in einem Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Extremismus, Antisemitismus und Rassismus Maßnahmen und Angebote des Landes bündeln und mit den relevanten Akteuren weiterentwickeln. Besondere Schwerpunkte werden für uns dabei die Prävention, Sensibilisierung und Vernetzung von Projekten, aber auch die ganz konkrete Unterstützung der Betroffenen sein.

SPD

Antwort auf Frage 15.1.

In unserem Regierungsprogramm 2017 für den Bund war das Ziel einer entsprechenden Grundgesetzänderung beschlossen – und unser Parteivorstand hält auch bis heute daran fest. Leider ließ es sich bisher mit unseren Koalitionspartnern im Bund nicht umsetzen. Selbstverständlich werden wir uns dafür auch im Bundesrat einsetzen. In Baden-Württemberg wollen wir einen Gleichstellungsartikel in die Landesverfassung aufnehmen, der sexuelle Orientierung, Transidentität und geschlechtliche Vielfalt ausdrücklich benennt.

Antwort auf Frage 15.2.

Wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt. Das Verständnis von Familie in Deutschland wird breiter: Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Dank unseres Drucks und unserer Initiative gibt es nun endlich die Ehe für alle. Für uns steht ein modernes Familienrecht im Mittelpunkt, das die Vielfalt von Familien widerspiegelt – Familien mit verheirateten, unverheirateten oder gleichgeschlechtlichen Paaren; getrennt, gemeinsam oder allein Erziehende; Stieffamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. Wir sorgen für Klarheit in all diesen Konstellationen, indem Rechte und Pflichten eindeutig definiert werden. Das Wohl der Kinder muss dabei immer im Mittelpunkt stehen.

Die Vielfalt der heutigen Familienkonstellationen und der wissenschaftliche Fortschritt in der Reproduktionsmedizin führen dazu, dass die biologischen Eltern immer häufiger nicht die sozialen Eltern sind. Deshalb setzen wir uns für ein modernes Abstammungsrecht ein, das diesen neuen Konstellationen Rechnung trägt und das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft wahrt.

Antwort auf Frage 15.3.

Wir wollen dafür sorgen, dass bestehende Programme – wie etwa das bis 2023 verstetigte Programm „Demokratie leben!“ – mit dem Themenfeld Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit auch in Baden-Württemberg stärker als bisher genutzt werden können.

Antwort auf Frage 15.4.

Ja.

FDP

Antwort auf Frage 15.1.

Ja. Wir weisen gerne auf Seite 77 unseres Landtagswahlprogramms hin.

Antwort auf Frage 15.2.

[...] Wir Freie Demokraten wollen das Prinzip „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ für alle Paare umsetzen – einschließlich vollem Adoptionsrecht und freiem Zugang zur Reproduktionsmedizin. Der Rechtsrahmen für Regenbogenfamilien muss verbessert werden. Elternschaftsvereinbarungen sollen bereits vor der Empfängnis wirksam geschlossen werden können. Mehreltern-Familien sind Realität und müssen auch bei der rechtlichen Elternschaft abgebildet werden. Wird das Kind mit Hilfe einer Samenbank gezeugt, so soll die eingetragene Lebenspartnerin der Mutter von Geburt an auch rechtlich zweite Mutter sein können.

Antwort auf Frage 15.3.

Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 4.1. Für den gesetzlichen Rahmen im Kampf gegen Hasskriminalität ist in erster Linie der Bund zuständig. Als Land muss Baden-Württemberg aber für eine gute personelle und sachliche Ausstattung bei den Ermittlungsbehörden und in der Justiz sorgen. Grün-Schwarz hat hier beträchtliche Defizite zu verantworten. Bei der Polizei haben wir zu oft Parallelstrukturen. Die neu geschaffene Cybersicherheitsagentur verschlimmert dieses Problem nur. Die Justiz verfügt dagegen über deutlich zu wenig Personal in diesem Bereich. Wir brauchen mehr Spezialisten für Cybercrime und Hasskriminalität. Es ist höchste Zeit, dass das Justizministerium seine zögerliche Haltung in dieser Frage ändert und die Prioritäten den Realitäten anpasst.

Antwort auf Frage 15.4.

Wie bereits bei der Antwort zu Frage 15.2 aufgeführt, wollen wir eine Bundesratsinitiative einbringen, die das Transsexuellengesetz abschafft und die Selbstbestimmung trans- und intergeschlechtlicher Menschen stärkt.

Die Linke

Antwort auf Frage 15.1.

Ja.

Antwort auf Frage 15.2.

Ja.

Antwort auf Frage 15.3.

Ja.

Antwort auf Frage 15.4.

Ja, vgl. 14.3. ➡ [...] Das Land Baden-Württemberg soll sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Transsexuellengesetzes zugunsten einer unbürokratischen Personenstands- und Vornamensänderung im Personenstandsgesetz einsetzen [...]

AfD

Die AfD hat die Wahlprüfsteine des LSVD ignoriert.

Alle Antworten zu den weiteren Themenbereichen finden Sie unter:

<https://ba-wue.lsvd.de/2021/01/27/lsvd-wahlcheck-zur-landtagswahl/>